

Dr. Vera Bendt	
Dieses Manuskript ist mein alleiniges Eigentum.	Urheberrechtlich geschützt.
Die pdf-Datei kann kostenlos heruntergeladen und für den eigenen wissenschaftlichen Gebrauch ausgedruckt werden.	Jede Form der Verwertung, die über eine in wissenschaftlichen Texten übliche Zitierung hinausgeht, ist untersagt.
Genehmigte Zitierung:	
Bendt, Vera: Das „Judensilber“ des Märkischen Museums. Ungedrucktes Manuskript: www.bendt.org/Veroeffentlichungen.shtml	

- Über das „Judensilber“ im Märkischen Museum habe ich vor 2 Jahren erstmals einen Aufsatz geschrieben, aber zu einer Veröffentlichung ist es nicht gekommen. Eine seitdem überarbeitete Fassung trägt den (Arbeits)Titel: „Die andere Hälfte. Das „*Judensilber*“ des Märkischen Museums im Kontext der Vereinigung von Berlin Museum und Märkischem Museum 1990 bis 1998“. Das Manuskript ist nicht abgeschlossen, sondern will als *work-in-progress* verstanden sein.

Update: 15. März 2009
Update: 25. März 2009

- Die im Jüdischen Museum Berlin am 19. September 2008 eröffnete Ausstellung „Raub und Restitution“ ist der Anlass, Ausschnitte aus dem noch unfertigen Manuskript einem interessierten Lesepublikum über Internet vorzustellen.
- Die Endfassung wird in meinem Buch über die 30 Jahre dauernde Vorgeschichte des heutigen Jüdischen Museums Berlin abgedruckt werden. Das geplante Buch beleuchtet diese Geschichte aus meiner Sicht als erster Kuratorin dieses Museums. Ich wurde zum 1. September 1979 am damaligen Berlin Museum mit der speziellen Aufgabe „Aufbau und Leitung des Jüdischen Museums“ eingestellt und behielt dieses Amt bis 30. Juni 1994.

Die andere Hälfte

Das „Judensilber“ des Märkischen Museums

im Kontext der Vereinigung von Berlin Museum und Märkischem Museum

1990 bis 1998

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	4
Erinnerungen	9
Lokalgeschichte: Das „Judensilber“ im Märkischen Museum	13
„Judensilber“ – Stolperstein der Museumspolitik nach der Wende	17
Die Rolle des „Judensilbers“ für das Stadtmuseum	28
Rekonstruktion der Sammlung „Judensilber“	32
Nachtrag	38

-.-.-.-

Updates

Datum:	15. März 2009	
Letztes Update:	25. März 2009	
Kapitel:	„Judensilber“ – Stolperstein der Museumspolitik nach der Wende	17
Kapitel:	Die Rolle des „Judensilbers“ für das Stadtmuseum	28
Kapitel:	Rekonstruktion der Sammlung „Judensilber“	32

Ergänzungen in anderer Schriftfarbe

Vorbemerkungen

Mit dem hier vorgelegten Aufsatz wird ein Ereignis der Berliner Museumsgeschichte behandelt, das ins Jahr 1939 zurückführt. Im Fokus der Betrachtung steht die Frage, welche Rolle dieses historische Ereignis 1990 einnahm, als nach der Wende vom November 1989 die museumspolitischen Weichen für das seit 1971 diskutierte und geplante Jüdische Museum neu gestellt wurden. Bis dahin basierten die Pläne auf der Idee eines Jüdischen Museums, das in dem nach dem Bau der Mauer gegründeten Berlin Museum als Teil eines Ganzen zu behandeln sei und dennoch seine Eigenständigkeit nach Innen und Außen darstellen könne. Im Verbund mit dem Berlin Museum sollte diese die Eigenständigkeit gewahrt sein, andererseits sollte zum Ausdruck kommen, dass die Geschichte der Berliner Juden ein Teil der Berlingeschichte ist.

Nach der Wende von 1989 erlangte die Vereinigung der beiden stadtgeschichtlichen Museen Berlins, Märkisches Museum im Ostteil, Berlin Museum im Westteil, Priorität über die bis dahin für das Jüdische Museum verfolgten Museumspläne.¹

1978 fand in den Räumen des damaligen Berlin Museums die erste, 1980 die zweite, dem Sammlungsaufbau für das Jüdische Museum gewidmete Ausstellung statt. Es gab in jener Zeit weder zur Geschichte der Juden in Berlin vor 1933 noch zu den Jahren 1933 bis 1945 einen Kenntnisstand, auf den man sich *in der Museumspraxis* hätte berufen oder beziehen können bzw. der für Museumsarbeit eine Orientierung hätte bieten können. Jüdische Museen existierten damals in Deutschland nicht, auch gab es in den frühen 1980er Jahren kein anderes deutsches Museum mit einer Dauerausstellung zur Geschichte der Juden in einer Stadt oder Region, mit zwei Ausnahmen: Das Stadtmuseum Göttingen zeigte im Obergeschoß eine Ausstellung

¹ Auf die vom Berlin Museum getragenen Pläne des Wiederaufbaus eines Jüdischen Museums in Berlin, auf die Diskussionen in den 1970er Jahren, die Rolle der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. und auf die mit der Wettbewerbsausschreibung von 1988 beginnende Realisierung des heutigen Jüdischen Museums Berlin wird im Rahmen dieses Beitrags nicht ausführlich eingegangen. Festgehalten werden muss an dieser Stelle allerdings, dass es Heinz Galinski (bis 1992 amtierte er als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin) war, der bereits 1965-1966 erstmals dazu aufrief, in Berlin ein Jüdisches Museum wieder aufzubauen. Galinskis Aufruf enthielt die Mahnung, dass es die Pflicht des Senats von Berlin beziehungsweise der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sein müsse, die Trägerschaft für das neu zu gründende Jüdische Museum zu übernehmen. Quelle: Tonaufnahmen des Journalisten Heinz Elsberg 1965-1968, Archiv Rias Berlin.

zur Geschichte der Göttinger Juden und im Stadtmuseum Köln gab es einen Raum zur Geschichte der Juden in Köln.²

Im Vorfeld des Gedenkens an den 50. Jahrestag der Pogrome vom 9. November 1938 wurden an vielen Orten Ausstellungen vorbereitet. 1988 dann setzte die Eröffnung des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main das Startsignal für die neuen jüdischen Museen in Deutschland, die anders als vor 1933 nicht von den Jüdischen Gemeinden oder Privatinitiativen, sondern von der öffentlichen Hand getragene Institutionen sind.

Die sich in Berlin stellende Aufgabe, ein Jüdisches Museum (wieder) aufzubauen, war davon geprägt, dass keine Sammlung vorhanden war. In der Dekade 1980 bis 1990 konzentrierte sich die Aufbauarbeit demnach überwiegend auf den Erwerb von Sammlungsobjekten. Gespräche mit Überlebenden des Holocaust waren in dieser Phase die wesentlichste Quelle, um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, ob und welche Erwartungen sich jüdischerseits an das künftige Jüdische Museum knüpften. In der Suche und im Herstellen von Kontakten im In- und Ausland erschöpfte sich Anfang der 1980er Jahre ein nicht unerheblicher Anteil der alltäglichen Museumspraxis.

Die Forschungen der Zeitgeschichte zur Situation von Juden, die während der NS-Zeit – beispielsweise in Berlin – überlebt hatten, standen 1980 am Anfang. Gespräche mit Überlebenden des Holocaust: „Mündliche Überlieferung“, ein Teilgebiet der Oral History, die als Methodik der historischen Wissenschaften ihren Ursprung in der amerikanischen Kulturanthropologie hat, war in jener Zeit in den universitären und außeruniversitären Institutionen, die sich mit der Geschichte der Juden in Deutschland und der *Judenverfolgung* in der NS-Zeit befassten, nicht nur weitgehend unbekannt, sondern auch nicht anerkannt. Belächelt zu werden, war noch die mildeste Form der Herablassung, die Historiker und Kunsthistoriker der „mündlichen Überlieferung“ entgegen brachten. Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sammlungen, die von der Germania-Judaica-Bibliothek 1981 in Köln veranstaltet wurde, entgegnete eine namhafte Historikerin auf meinen Diskussionsbeitrag, dass zur Erforschung jüdischer Geschichte auch die Erinnerungen und mündlichen Aussagen von Überlebenden gehören: „Was nicht durch Dokumente belegt ist, existiert historisch nicht.“ Eigene Erfahrungen von Überlebenden, die

² Der Raum im Kölner Stadtmuseum wurde 1984 wegen neuer Ausstellungsvorhaben geschlossen und nicht wieder eröffnet. Vor kurzem ging durch die Presse, dass in Köln ein eigenständiges Jüdisches Museum gebaut werden soll.

nichts zur >historischen Faktenlage< beitragen und nur subjektiv sind, seien, so die damals gängige Meinung, für einen ernsthaften Historiker irrelevant.³

Zwar ist die Forschung zur Geschichte des Nationalsozialismus und der Verfolgung der europäischen Juden (auch in Bezug auf die Einschätzung der mündlichen und biographischen Überlieferung) in den 1990er Jahren sehr viel weiter gekommen; auch ist diese Forschung seitdem national und international institutionalisiert und durch die Schaffung von Gedenkstätten (mit den damit verbundenen politischen Debatten) ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt; Jüdische Museen und lokal orientierte Dokumentationszentren zur Geschichte der Juden in einer Stadt oder Region sind aus der Museumslandschaft in Deutschland nicht mehr wegzudenken; die „Erinnerungen“ vieler Überlebender sind zumindest teilweise in das kollektive Gedächtnis der Nachgeborenen eingegangen und gehören heute zum Ritual jeder Ausstellungseröffnung und der Gedenktage.

„Wissensverlust“ ist dennoch das charakteristische Merkmal, mit dem sich jeder Kurator und jede Kuratorin, sei es in einem Dokumentationszentrum, sei es in der Praxis eines Jüdischen Museums, auch heute auseinandersetzen muss. Museen generell sind dazu gedacht und als öffentliche Einrichtungen dazu verpflichtet, Dinge der Vergangenheit zu bewahren und für künftige Generationen zu sichern, die ansonsten in Vergessenheit geraten würden.

Zwar bewahren Museen materiell-gegenständliche Dinge und auch das (immaterielle) Wissen vergangener Epochen. Aber Museen sind zugleich auch Orte, in denen die kulturellen Gegenstände und das Wissen vergangener Zeiten in Vergessenheit geraten, oft generationenlang.

Die meisten Menschen, von denen die gesammelten Kulturobjekte in den Museen stammen, leben nicht mehr. Wenn dann auch die Kuratoren, Sammler, wissenschaftlichen Mitarbeiter als „Zeitzeugen“ und Bindeglied zu den Menschen früherer Epochen nicht mehr existieren; wenn die Sammlungen in den Museen unbeachtet und unbearbeitet bleiben; wenn das den Kuratoren mitgeteilte Wissen „verloren“ geht, nicht überliefert wird und nicht weitergegeben werden kann, zum Beispiel an eine neue Generation von Kuratoren: Dann entsteht jenes „Vakuum“, bei

³ Quelle: Archiv der Autorin - Persönliche Aufzeichnungen.

dem trotz intensiver kuratorischer Betreuung des Sammlungsgutes ein Wissensverlust eintritt, der zum oben erwähnten charakteristischen Merkmal eines Museums werden kann.

Bezogen auf jüdische Museumsarbeit nach dem Holocaust war das „Vakuum“ Programm. Für ihre im Jahr 1965 im Gemeindehaus veranstaltete Ausstellung „Historia Hebraica“ musste die Jüdische Gemeinde zu Berlin die Leihgaben aus Prag holen, denn von den Sammlungen des früheren Berliner Jüdischen Museums (Zwangsschließung 1938), einer Einrichtung der Jüdischen Gemeinde, war zu jener Zeit in Berlin nichts mehr vorhanden.

„Was übrig blieb ...“ war 1988 Titel der Eröffnungsausstellung des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main. Aber: Trotz des „Vakuums“, das in der jüdischen Museumsarbeit eine ständige Begleiterscheinung ist, sind für den „Wissensverlust“ zusätzliche Faktoren verantwortlich, die nicht im Holocaust begründet sind.

In der Frankfurter Eröffnungsausstellung von 1988 wurde erstmals die Rolle stadthistorischer Museen bei der Konfiszierung jüdischen Eigentums und die „Edelmetallabgabe“ vom 21. Februar 1939 öffentlich gemacht. Dieser Zwangsabgabe von Gegenständen aus Gold, Silber, Platin und Schmuck waren alle Juden, die 1939 noch in Deutschland lebten, aufgrund der nationalsozialistischen Gesetzgebung unterworfen. Die kostbaren Gegenstände mussten in die speziell dafür bestimmten Pfandleihen gebracht werden und gingen als „Judensilber“ in die Geschichte ein.

Fast alle Museen in Deutschland, die 1939 und danach am Erwerb von „Judensilber“ und anderweitig konfisziertem Eigentum von Juden, somit an Raub und Plünderung, beteiligt waren, haben diese Erwerbungen nach 1945 auf die eine oder andere Weise dem musealen Wissensverlust preisgegeben. Das heißt nicht einfach nur, dass geschwiegen wurde. Um den Erwerb von Gegenständen in Museumssammlungen zu verschleiern, ist aktives Tun nötig.⁴

In der Dekade 1998 bis 2008 ist das Jüdische Museum Berlin zu einem der populärsten Museen in Berlin emporgewachsen und gleichzeitig zum akademischen Thema in den Universitäten geworden. Neben zahlreichen Veröffentlichungen über

⁴ Das Thema „Museales Verschleiern“ lasse ich hier aus. Wie mit dem in der NS-Zeit unrechtmäßig erworbenen Museumsgut nach 1945 in Deutschland umgegangen wurde, kann im Rahmen dieser Vorveröffentlichung nicht umfassend behandelt werden.

die Architektur von Daniel Libeskind sind Magister- und Seminararbeiten vorgelegt worden, die sich mit seiner Präsenz in der Berliner Museumslandschaft befassen. Den Aufbaujahren (vor 1990) wird dabei meist keine besondere Aufmerksamkeit zuteil, die konfliktbeladenen Jahre 1992 bis 1998 werden gestreift, die Quellenlage wird im allgemeinen ignoriert oder nur unzulänglich recherchiert. Über die Phase 1990 bis 1992, die den >Übergang< von der einen in die andere Museumsepoche markiert, findet sich in den Veröffentlichungen nichts.

Den ersten Ansatz einer wissenschaftlich orientierten Behandlung des Themas, der auch die Vorgeschichte mit einbezieht, bietet eine an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf von Katrin Pieper vorgelegte Dissertation, die – so weist der Titel der vergleichenden Studie aus – der „Musealisierung des Holocaust“ gewidmet ist und dem Jüdischen Museum Berlin im Diskurs um Holocaust-Erinnerung eine Schlüsselrolle zuweist.⁵

⁵ Katrin Pieper, Die Musealisierung des Holocaust. Das Jüdische Museum Berlin und das U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. – Ein Vergleich. Europäische Geschichtsdarstellungen, Bd. 9, hg. v. Johannes Laudage, Köln 2006.

Erinnerungen

Frieda Kaeber brachte zusammen mit ihrer Mutter Paula Cronheim, wahrscheinlich im März 1939, Teile des Tafelsilbers aus ihrem Familienbesitz und eine Anzahl von religiösen Gegenständen in eine Pfandleihe nahe des Gendarmenmarktes in Berlin (es handelte sich vermutlich um die Pfandleihe in der Jägerstraße). Damals glaubte sie, die Jüdische Gemeinde sei die Empfängerin der Gegenstände.⁶

Im Verlauf eines Gesprächs, das dieser Erstinformation im Spätherbst 1990 folgte, erwähnte Frau Kaeber *en passant*, aus der Jüdischen Gemeinde hätte man in den Nachkriegsjahren die Information erhalten, dass alle Wertgegenstände, die man auf den Aufruf der Gemeinde hin abgegeben hatte, beschlagnahmt worden waren. Auf meine Nachfrage reagierte Frau Kaeber abweisend: Ich sollte es ihr ersparen, darüber zu reden. Später, in der gleichen Gesprächssituation, gab sie unerwartet doch noch einen Hinweis: Es sei in Kreisen der Jüdischen Gemeinde davon gesprochen worden, dass viele Silbersachen ins Märkische Museum geschafft worden waren. Den Begriff „Judensilber“ kannte Frau Kaeber nicht.

Diese Aussage von Frau Kaeber – Zeitpunkt: Herbst 1990 – ist Glied in einer Kette von Mitteilungen, die ich über „Judensilber“ und die Zwangsabgabe von Wertgegenständen aus Familienbesitz in der Dekade 1980 bis 1990 erhalten habe. In Gesprächen mit Emigranten und insbesondere bei einer Studienreise nach Israel im Mai 1985 hatte ich immer wieder von den Wertgegenständen gehört, die vor der Auswanderung abgegeben werden mussten. Etliche meiner Gesprächspartner vermuteten sie in einem Berliner Museum. Oft wurde gefragt, wie man herausfinden könnte, wo sich solcher Familienbesitz befindet.

Auch mit Ursula Simson sprach ich 1986 über die Zwangsabgabe. Ich kannte Frau Simson seit 1980. Sie hatte mit ihren Eltern in Berlin-Tiergarten am Schleswiger Ufer gewohnt und überlebte „versteckt“ in einem Berliner Krankenhaus.

Über sich, ihre Familie und über vieles, was sich nach 1945 in der Berliner Jüdischen Gemeinde abgespielt hatte, sprach sie sehr häufig, sehr präzise und immer geprägt von Faktenwissen. Sie hatte mehrfach über den Verlust ihres Familienbesitzes und die Räumung ihrer ausgebombten Wohnung am Schleswiger Ufer gesprochen. Daher

⁶ Ernst und Frieda Kaeber – Eine deutsch-jüdische Ehe im Nationalsozialismus. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs, Berlin 2007, S. 151-167, hier: Seite 156.

befragte ich sie, wie sie und ihre Familie die Zeit nach den Novemberpogromen erlebt hatten und wie ihre Beziehung zur Jüdischen Gemeinde in dieser Zeit war.⁷

Frau Simson berichtete, dass die Jüdische Gemeinde nach dem 9. November 1938 dringend zu Spenden für die von Goebbels geforderte „Sühneleistung“ aufgerufen hatte. Ihre Familie gab eine Geldspende. Erst später wäre der Familie klar geworden, dass es nicht um Geldspenden ging, sondern dass die „Sühneleistung“ dazu da war, Juden ihren Besitz komplett abzunehmen und sie zu enteignen. In ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis sei viel darüber gesprochen worden.

Die staatliche Verordnung, dass Juden alle ihre Wertsachen abzugeben hatten, sei erst „viel später“ nach der Sühneleistung gekommen. Frau Simson kannte zwar nicht das genaue Datum der Verordnung, 21. Februar 1939, aber sie konnte sich sehr gut an die Wirkung und die Folgen erinnern. Alle Menschen ihres Bekannten- und Verwandtenkreises waren bis zum Äußersten verunsichert. Eine ihrer Tanten hatte schon im Januar 1939 Wertgegenstände in die Zwangsabgabestelle gebracht, in welche genau, wusste Frau Simson nicht. In den Monaten danach brachten nach und nach auch andere Angehörige „irgendetwas Wertvolles“ in eine Abgabestelle.

Dass bereits im Januar 1939, also vor dem eigentlichen Termin der gesetzlichen Verordnung, Wertgegenstände abgegeben wurden, lässt darauf schließen, dass die Pfandleihen bereits operierten. Sie sammelten Silbergegenstände ein, so muss angenommen werden, die nach dem Aufruf der Jüdischen Gemeinde von Mitgliedern für die Aufbringung der „Sühneleistung“ hergegeben wurden.

Im Gefolge der Pogrome vom 9. /10. November 1938 wurden durch die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ vom 12.11.1938 die in Deutschland lebenden Juden in ihrer Gesamtheit verpflichtet, alle Schäden im Straßenbild sofort zu beseitigen.⁸

Die geforderte „Sühneleistung“ betrug 1 Milliarde Reichsmark. Dies verlangte nicht nur von Verbänden und jüdischen Einrichtungen, sondern von jedem einzelnen Juden große Opfer. Jüdische Hilfsorganisationen forderten sogar Flüchtlinge aus Deutschland, die bereits in italienischen Häfen an Bord ihrer Schiffe auf das Auslaufen nach Übersee warteten, dazu auf, mit Spenden einen Beitrag zu dieser

⁷ Über die Erinnerungen von Ursula Simson (1905–1996) zur Situation von Juden, die in Berlin 1939 bis 1945 verfolgt wurden, schreibe ich für das Jahrbuch des Landesarchivs. Der Beitrag wird voraussichtlich 2009 veröffentlicht werden.

⁸ Reichsgesetzblatt Teil I, 12.11.1938.

„Sühneleistung“ zu leisten. Von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin allein musste ein Anteil von 40 Mill. Reichsmark aufgebracht werden.

Frau Simson: Als nach der „Sühneleistung“ noch die staatlich verordnete Zwangsabgabe dazu kam, hätten viele Juden Silbergegenstände gekauft, nur um sie abgeben zu können. Frau Simson gab dazu die Erklärung, dass man ja nie wissen konnte, was geschehen würde, wenn man nichts abgab. Jeder hätte gewusst, dass es spezielle Meldekarteien für Juden gab, und man hätte befürchtet, dass, wenn man keine Wertgegenstände einlieferte, dies auffallen würde. Man ging davon aus, dass alles registriert wird und man bei Nicht-Abgabe vielleicht bestraft wird, oder man musste damit rechnen, dass die Gestapo ins Haus kommt und die Wohnung durchsucht. Leute, die bereits ihre Auswanderungskisten gepackt hatten, brauchten nichts mehr einzuliefern, wenn sie ihre Freistellung für die Auswanderung hatten und vorzeigen konnten. Wertgegenstände irgendwelcher Art durften Auswanderer gar nicht erst mitnehmen.

Silbersachen zu kaufen, wäre 1939 allerdings auch nicht leicht gewesen, weil man nicht einfach in einen Laden gehen konnte. Man musste zuverlässige (nicht-jüdische) Leute kennen, die Geld brauchten und etwas Wertvolles zu verkaufen hatten. Das nötige Geld musste man auch haben, denn die Situation wurde ausgenutzt, es herrschten Schwarzmarktpreise. Alle ihre jüdischen Familienangehörigen und Bekannten hätten geglaubt, dass die Gegenstände eingeschmolzen werden. Niemand dachte damals daran, dass etwas davon übrig bleiben würde.

Frau Simson erzählte darüber hinaus, dass alles Wertvolle, was ihre Familie besaß, ab 1942 zu Geld gemacht werden musste, um den Lebensunterhalt zu sichern, aber zu dieser Zeit etwas zu verkaufen, sei sehr riskant gewesen, denn es bestand immer die Gefahr, denunziert zu werden. Einen kleinen Teil des Hochzeitsbestecks ihrer Eltern hatte ihre Mutter über die ganze Zeit hinweg retten können.⁹

Frau Simson machte im Verlauf dieser Gespräche eine Bemerkung, die aufhorchen ließ: „Wie ein Lauffeuer“ verbreitete sich in Kreisen der Jüdischen Gemeinde nach dem Krieg die Nachricht, dass im Märkischen Museum das 1939 zwangsweise

⁹ Die übrig gebliebenen Teile des Hochzeitsbestecks übergab Ursula Simson 1988 für das künftige Jüdische Museum. Es sollte in einer geschichtlichen Darstellung über das Schicksal jüdischer Familien Berlins in der NS-Zeit eingesetzt werden. Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Simson.

abgegebene Familiensilber wieder aufgetaucht wäre. Ihre Zeitangabe, WANN sich dieses Lauffeuer verbreitet hatte, war sehr präzise: **Es war das Jahr 1950.**

Lokalgeschichte: Das „Judensilber“ im Märkischen Museum

Einen Hinweis aus der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten über das „Judensilber“ im Märkischen Museum erhielt ich am 27. März 1986 durch eine als „Persönlich und Vertraulich“ gekennzeichnete Mitteilung von Oberregierungsrat Reiner Güntzer, dem Leiter der Abteilung III-A bei der Senatsdienststelle für Kultur (Museumsreferat). In der darauf folgenden Besprechung übergab mir Herr Güntzer Kopien von Aktenvermerken, die sich auf die Akquirierung des „Judensilbers“ für das Märkische Museum im Jahr 1939 und auf die Frage des Verbleibs nach 1945 bezogen. Auch war in einem Brief an die Senatsverwaltung von Walter Stengel, dem Direktor des Märkischen Museums, und von Wolfgang Scheffler, dem Kurator und Silberexperten des Märkischen Museums, mit Bezug auf das „Judensilber“ die Rede.

Das Ergebnis der Besprechung war, dass ich „inoffiziell“ insgesamt dreimal den Versuch unternahm, mit dem damaligen Direktor des Märkischen Museums ins Gespräch zu kommen. Beim ersten Besuch war niemand da, der sich als zuständig für meine Bitte um ein Gespräch (über dessen Inhalt ich zu diesem Zeitpunkt nichts bekannt gab) mit dem Direktor erwies. In seinem Sekretariat wurde ein Termin festgelegt, zu dem ich wiederkommen solle. Beim zweiten Versuch wurde mir an der Eingangspforte ein Antragsformular vorgelegt, in das ich mein Anliegen eintragen sollte. Ich formulierte neutral und bezog mich nicht auf das „Judensilber“ von 1939, sondern auf Sammlungsgegenstände aus der Geschichte der Berliner Juden generell. Es wurde mir ein Termin für mein Wiedererscheinen genannt, ein Treffen mit dem Direktor am gleichen Tag sei unmöglich. Ich nutzte die Gelegenheit zu einer Besichtigung der Ausstellungen im Märkischen Museum und entdeckte einige Objekte, die ich dem Sammlungskomplex „Geschichte der Juden“ zuordnen konnte. Ein spezielles Ausstellungsthema war diese Geschichte nicht. Der dritte Versuch, ein Gespräch mit dem Direktor zu führen, scheiterte bereits an der Pforte. Nicht nur war der Direktor nicht für mich zu sprechen, sondern mir wurde das Betreten des Museumsgebäudes verwehrt.¹⁰

Nun sprach ich mit Heinz Galinski¹¹ über den fraglichen Sachverhalt. Ich befragte ihn nach dem „Judensilber“ generell und nach dem Verbleib in der Nachkriegszeit. In

¹⁰ Archiv der Autorin – Eigene Aufzeichnungen.

meinen vielen Gesprächen mit Emigranten aus USA und anderen Ländern sowie mit Bürgern Israels war, wie bereits angedeutet, immer wieder nach Familiensilber gefragt worden, das in Berlin zurück geblieben war. „Freiwillig“ sei vieles in die Gemeinde gebracht worden, was man wegen des Ausfuhrverbots von Wertgegenständen nicht mitnehmen durfte, aber auch nicht den Nazis überlassen wollte. Dabei handelte es sich zumeist um religiöse Gegenstände (Kle kodesch) wie beispielsweise Sabbat-Leuchter.

Herr Galinski bestätigte Ursula Simsons „Wie ein Lauffeuer ...“ nicht nur, sondern detaillierte: Das „Gerücht“ über Silber im Märkischen Museum, das Juden gehörte, hätte seinerzeit alle Gemeindemitglieder sehr aufgeregt. Nicht nur deswegen sei das Museum „ins Gerede“ gekommen, sondern auch wegen seiner Beteiligung bei anderen Enteignungen. Hintergrund war, dass jüdisches Eigentum im Museum gesehen worden war. Zwei Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde hätten in seinem Auftrag die Sachen angeschaut, von denen die Rede war, und ihm berichtet, dass es keinen Zweifel an der Herkunft aus jüdischem Besitz gäbe. Aber ob Gegenstände dabei waren, die aus Berliner Synagogen stammten und auf die demnach die Jüdische Gemeinde einen Rechtsanspruch gehabt hätte, konnte bei dieser ersten Besichtigung nicht festgestellt werden. Eine Bestandsaufnahme wäre nicht gemacht worden, weil danach jeder Zugang und jede weitere Besichtigung verweigert wurde.

Außerdem hatte das Märkische Museum, so Heinz Galinski, nicht nur beim Familiensilber seine Hand im Spiel gehabt, sondern auch bei den Wohnungsräumungen nach 1941. Museumsleute, so wusste Heinz Galinski zu berichten, seien mit Genehmigung der Gestapo in die Wohnungen von deportierten Juden gekommen, um Gegenstände für ihre Sammlungen auszusuchen, und zwar häufig bereits am gleichen Morgen nach der nächtlichen Abholung. Erst nachdem „diese Leute“ sich bedient hatten, wurden die Wohnungen versiegelt. Er konnte sich nicht festlegen, ob noch andere Museen beteiligt waren, aber dass das Märkische

¹¹ Biographie Heinz Galinski, siehe: Wikipedia, Heinz Galinski; Biographische Zeittafel: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/GalinskiHeinz/index.html>

Museum beteiligt war, galt für ihn als sicher.¹²

Auf die Frage, warum die Jüdische Gemeinde, als sie davon erfuhr, nichts zurückgefordert hatte, antwortete Herr Galinski: „Zurückgefordert haben wir ja. Aber was nutzte das? Wir haben nichts bekommen.“

In Ost-Berlin war gar nichts zu machen, so seine Aussage, und bei den Behörden in West-Berlin hätte es geheißen, dass es sich um Eigentum von Privatleuten handelt, an dem die Jüdische Gemeinde keine Ansprüche anmelden könnte. Heinz Galinski: „Das Silber, das aus Privatbesitz 1939 in die Pfandleihen getragen wurde, gehörte ja nicht uns, der Gemeinde, und außerdem hatten wir damals ganz andere Probleme.“

Zudem hielt er es für eine vergebliche Mühe, Rechtsansprüche für Eigentum anzumelden, das in Ost-Berlin auftaucht. Diese Einschätzung bezog er auch auf die Zeit meiner Gespräche mit ihm, also 1986 und 1987. Ich konsultierte Herrn Galinski wie auch andere Personen der Jüdischen Gemeinde mehrfach zu der Frage des Umgangs mit unrechtmäßig erworbenem Kunstbesitz und holte mir dazu auch rabbinischen Rat ein.

Herr Galinski hielt es für ausgeschlossen, dass das Märkische Museum jemals zugeben würde, etwas mit der Ausplünderung der Juden zu tun zu haben. Weitere Nachforschungen schätzte er als zwecklos ein.

Wesentlich für die hier behandelte historische Dimension ist, dass sich Heinz Galinski ebenso präzise wie Ursula Simson auf das Jahr 1950 festlegte und ausdrücklich sagte, dass Wertgegenstände aus jüdischem Familienbesitz zusammen mit religiösen Zeremonialgegenständen wie zum Beispiel Sabbat-Leuchter mit Inschriften in Hebräisch zu jener Zeit, also im Jahr 1950, im Märkischen Museum noch gesehen wurden. Wohin im Verlauf des Jahres 1939 die Zeremonialkunst (Kle kodesch) aus Berliner Synagogen gebracht wurde, ob zumindest ein Teil davon auch dem Märkischen Museum übergeben wurde (demnach nicht dem „Judensilber“ aus

¹² Von Oktober bis Dezember 1941 wurden die Aufforderungen an Juden, sich bei der Sammelstelle zu melden, per Post zugeschickt. Viele befolgten diese Post nicht und tauchten unter. Daher ging die Gestapo ab Januar 1942 dazu über, anhand spezieller Meldelisten „abzuholen“, im Allgemeinen zwischen 2 und 5 Uhr nachts, aber auch mitten am Tag. Zur Beteiligung des Märkischen Museums am Diebstahl in den Wohnungen von Juden gibt es m.W. keinen, auf Forschungen beruhenden Wissensstand.

Familienbesitz zuzurechnen ist), und was damit geschah, ist bis heute ungeklärt.¹³

Die Frage stellt sich:

Kann „Judensilber“ im Märkischen Museum im Jahr 1950 noch vorhanden gewesen sein?

-.-.-.-

¹³ Die Ausplünderung der Synagogen nach den Bränden vom 9. November 1938 und der Verbleib der geraubten Kle kodesch ist ein Thema, das bis heute auf ein Forschungsprojekt wartet. Vieles wurde bei den Bränden zerstört, aber es kann als sicher gelten, dass ein großer Teil, wenn nicht sogar der größte Teil des Tora-Silbers erhalten geblieben ist und von der Gestapo konfisziert wurde. Es gibt Indizien dafür, dass solches Tora-Silber zusammen mit kriegsbedingten Auslagerungen von Museumsgut aus Berlin 1945 von der Roten Armee beschlagnahmt und 1946-1947 an osteuropäische Museen überstellt wurde. Hinweise darauf, dass Kle kodesch aus Berliner Synagogen auch ins Märkische Museum gelangten, gibt es nach derzeitigem Kenntnisstand nicht, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.

„Judensilber“ – Stolperstein der Museumspolitik nach der Wende

Die Frage „Kann „Judensilber“ im Märkischen Museum im Jahr 1950 noch vorhanden gewesen sein?“, aber viel mehr noch der Versuch einer Antwort lässt ein tiefes Missverhältnis zwischen „Wissen“ und museumspolitischen Konstellationen und Museumshierarchien offenbar werden, die mit der politischen Wende vom 9. November 1989 einhergehen. Der politischen folgte die „Museumswende“ unmittelbar auf dem Fuße. Gemeint ist, dass die Prioritäten sich verschoben und die „Vereinigung“ von Märkischem Museum nachfolgend mit dem Kürzel **MM** und Berlin Museum nachfolgend mit dem Kürzel **BM** an die Stelle des bis dahin geplanten „Integrationsmodells“ trat, wonach Berlin Museum und Jüdisches Museum eine Einheit bilden sollten.

Der Begriff „Vereinigung“, bezogen auf den Verwaltungsakt, MM + BM als Kernstück der zu gründenden Stiftung Stadtmuseum zusammen zu fügen, wurde später durch den offiziellen Terminus „Fusion“ abgelöst. Unabhängig davon, ob als Vereinigung oder Fusion bezeichnet, war das Bestreben, aus MM + BM ein Museum zu machen, vom Gedanken der Wiedervereinigung geprägt. Analog zu den Institutionen der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz wurde diese „Wiedervereinigung“ als die Zusammenfügung von zwei Hälften gesehen, die schon immer zusammen gehört hatten und nur durch die Mauer getrennt worden waren.¹⁴

Dass die Gründung des Berlin Museums nach dem Bau der Mauer von 1961 erfolgte und dass es sich nicht, wie bei den Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, um gesplittete Museumsbestände bzw. Museen handelte, spielte bei den Fusionsbestrebungen keine Rolle. Die Gründung einer eigenständigen „Stiftung Stadtmuseum“, in die außer den beiden großen Museen MM + BM weitere, in Ost- und West-Berlin angesiedelte kleinere Museumseinrichtungen und Institute eingegliedert werden sollten und letztendlich eingegliedert wurden, ist maßgeblich

¹⁴ Die Idee der „zwei Hälften“ kommt auch in dem Titel der Ausstellung *Die andere Hälfte* zum Ausdruck. Der Ausstellungstitel wurde m.W. von Reiner Güntzer vorgeschlagen. Rolf Bothe, der vom 1.12.1980 bis 30.11.1992 als Direktor des Berlin Museums fungierte, hat die Ausstellung ab März 1992 vorbereitet und den Ausstellungstitel übernommen. Angesichts der Tatsache, dass für das in West-Berlin geplante Jüdische Museum „die andere Hälfte“ sich auf die Sammlung eines Ost-Berliner Museums mit NS-Vergangenheit bezog, erscheint dieser Titel reichlich makaber.

vom späteren Generaldirektor des Stadtmuseums vorgebracht worden, der sein Lebenswerk darin sah, die „Stiftung Stadtmuseum“ zum größten Landesmuseum für Kultur und Geschichte in Deutschland zu machen. Die Gründung der Stiftung Stadtmuseum, durch die auch der Verwaltungsakt der Fusion vollzogen wurde, erfolgte am 23. Juni 1995.¹⁵

Das „Judensilber“ wurde zum Schlüsselement. Es wurde 1990 totgeschwiegen, das heißt: Es musste totgeschwiegen werden, koste es, was es wolle. Über die Rolle des Märkischen Museums bei den Enteignungen der Juden in der NS-Zeit durfte nichts öffentlich gemacht, geschweige denn diskutiert werden. Eine wie immer geartete Diskussion hätte jedenfalls die Vereinigung von MM + BM politisch in Frage gestellt. Oder, wäre im Zuge des Wiedervereinigungsgedankens trotz öffentlicher Diskussion und Publicity der Fusion von MM + BM der Vorrang gegeben worden, dann hätte sich der Erweiterungsbau des Berlin Museums, dessen *Raison d'être* das Jüdische Museum war, als obsolet erwiesen. Um die Vereinigung nicht hinterfragen zu müssen und nicht rechtfertigen zu müssen, wurde der Mantel des Schweigens über das „Judensilber“ und die Rolle des MM in der NS-Zeit bei der Ausplünderung von Juden gehängt. Der Architekt Daniel Libeskind konnte eine solche Diskussion schon gar nicht brauchen, weil damit sein Bauprojekt in Gefahr war, abgesagt zu werden. In Anspielung auf diese „Gefahr“ schrieb Libeskind in eigener Rückerinnerung an die Zeit nach der Wende, dass sein Projekt nicht länger durch die Schizophrenie geschützt war, die sich aus der bilateralen Natur der Stadt entwickelt hatte.¹⁶

„Jüdisches Museum“ in der Oranienburger Straße, in Anbindung an das dort entstehende Centrum Judaicum, wurde in jenen Tagen in Kreisen der Jüdischen Gemeinde nach der Wende 1989 eher favorisiert und jede öffentliche Debatte über die Fragwürdigkeit seiner An- und Einbindung in einer aus Märkischem Museum und Berlin Museum zusammen gefügten Institution hätte das Aus für den Libeskind-Bau

¹⁵ Über den ab 1990 immer stärker Gestalt annehmenden Konflikt, der (vordergründig) den Status des Jüdischen Museums betraf, in dessen Hintergrund aber das Problem der „Vereinigung“ stand, eskalierte nach Gründung der Stiftung Stadtmuseums zum international beobachteten „Berliner Museumsstreit“; vgl. die Berliner Presse 1996 bis 1998.

¹⁶ Daniel Libeskind im Gespräch mit Jacques Derrida, in: Daniel Libeskind, *Radix-Matrix – Architekturen und Schriften*, hg. v. Alois Martin Müller / Museum für Gestaltung Zürich, München-New York 1994, S. 118. Zitiert in: "Wahnsinnige Wissenschaft". E.T.A. Hoffmann, Exil und das Jüdische Museum Berlin. In: E.T.A. Hoffmann Jahrbuch, Mitteilungen der E.T.A. Hoffmann-Gesellschaft, Band 8, Berlin 2000, S. 106-139, hier: Seite 116.

bedeutet, und zwar mit einem sehr guten Argument: Viele Stiftungen und Zuwendungen der 1980er Jahre wurden dem Berlin Museum mit der Auflage „für das Jüdische Museum“ und nachdrücklich nur (!) unter der Prämisse übergeben, dass es sich beim Berlin Museum nicht um ein Museum handelt, das bereits in der NS-Zeit existiert hatte.

Einer Übereignung des Silberbestecks ihrer Familie an die 1995 gegründete Stiftung Stadtmuseum hatte beispielsweise Frau Simson, die die Vorgänge um das Jüdische Museum nach der Wende sehr genau beobachtete, nicht mehr zugestimmt und die Rückgabe nicht nur des Bestecks, sondern ihrer Dokumente verlangt, – mit der Maßgabe, sie dem Centrum Judaicum zu übergeben. Das Silberbesteck hatte sie in den Gewahrsam der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. gegeben, um die Eigentumsübertragung noch in der Schwebe zu halten und gegebenenfalls die Rückgabe einfordern zu können. Ähnliches trifft auf Erna Proskauer zu, die ein Testament zugunsten der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. aufstellte, weil sie jegliche Eigentumsübertragung an das Berlin Museum bzw. das Stadtmuseum ausschließen wollte. Sie wollte nicht, dass ihr Nachlass an das Land Berlin oder an eine in der Trägerschaft des Landes Berlin stehende Institution fällt. Auch andere potentielle Stifter und Mäzene wurden von den Fusionsplänen abgeschreckt.

Das 1962 gegründete Berlin Museum war für Emigranten und Überlebende des Holocaust, die man nicht zuletzt als Sponsoren der Museumspläne zu gewinnen hoffte, nicht direkt mit den historischen Belastungen der NS-Zeit befrachtet, es war als Neugründung „neutral“ – ein Gesichtspunkt, der noch bei einer im November 1989 nach der Wende durchgeführten (aber längere Zeit vor der Wende geplanten) Israel-Reise ein wesentliches Moment war, dass die Museumspläne dort auf uneingeschränkte Begeisterung stießen. Die Akzeptanz der Museumspläne (– Berlin Museum und Jüdisches Museum –) im Israel Museum wurde nach dieser Reise zu einem nicht unerheblichen Argument, das in den späteren internen Sitzungen der Senatsgremien dazu beitrug, dem Libeskind-Bau zum Durchbruch zu verhelfen. Teilnehmer dieser Israel-Reise waren Professor Dr. Rolf Bothe, der damalige Direktor des Berlin Museums, und ich selbst. Die Reise diente dazu, einen Leihvertrag über zehn Gemälde zu unterzeichnen, die aus dem früheren Jüdischen Museum in der Oranienburger Straße stammten und durch die JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) in den frühen 1950er Jahre nach Israel gebracht worden waren.

Das Jüdische Museum Oranienburger Straße war im Vollzug der Pogromnacht vom 9. November 1938 zwangsgeschlossen worden, seine Sammlungen wurden konfisziert. Ein Teil der Gemäldesammlung wurde 1946 in einem Kellerdepot der

Reichskulturkammer in der West-Berliner Schlüterstraße wieder aufgefunden, darunter auch die zehn Gemälde, über die 1989 der Dauerleihvertrag mit dem Israel Museum abgeschlossen wurde. Zur Geschichte dieses Museums und dem Verbleib seiner Sammlungen hatte Hermann Simon 1982 intensiv geforscht und herausgefunden, dass sich die besagten Gemälde im Israel Museum befanden.¹⁷

Hermann Simons Nachforschungen waren der Ausgangspunkt meiner Kontaktaufnahme mit den Museumskollegen in Israel, und nach den mehrere Jahre dauernden, ab 1985 geführten Gesprächen über die Pläne für ein neues Jüdisches Museum in West-Berlin, stimmte das Kuratorium des Israel Museums 1989 endlich der Ausleihe von 10 Gemälden zu. Ein maßgebliches Moment für diese Zustimmung (sie musste auch vom Beirat der Freunde des Israel Museums in den Vereinigten Staaten abgesegnet werden) war, siehe oben, dass das Berlin Museum keine NS-Vergangenheit hatte.

In zwei Vorträgen stellten Professor Bothe und ich selbst Ende November 1989 im Israel Museum und in der Universität von Tel Aviv einem interessierten Publikum die Berliner Museumspläne für das Jüdische Museum vor. Dass bereits damals der Plan der Fusion mit dem Märkischen Museum geboren war, wusste ich zum Zeitpunkt meines Vortrags nicht und hätte ich nur im Geringsten geahnt, dass solche Pläne bestehen könnten, oder wäre mir vor meiner Abreise nach Israel davon etwas mitgeteilt worden, wäre ich gar nicht erst nach Israel gereist und meinen Vortrag im Israel Museum und an der Universität von Tel Aviv hätte ich ganz sicher nicht gehalten.¹⁸

Im Januar 1990 wurde der Plan, MM + BM zu vereinigen, museumsintern bekannt.

¹⁷ Hermann Simon, Das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße - Geschichte einer zerstörten Kulturstätte. Stadtgeschichtliche Publikationen II, hg. v. Berlin Museum, Berlin [West] 1983; Neuauflagen: Das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße - Geschichte einer zerstörten Kulturstätte (2. überarbeitete und erweiterte Auflage), Union Verlag Berlin [Ost] 1988; Das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße - Geschichte einer zerstörten Kulturstätte (3. überarbeitete und erweiterte Auflage), Teetz 2000.

¹⁸ Dass die in Deutschland in den 1980er Jahren geplanten und neu gegründeten Jüdischen Museen nicht unter dem Dach von Stadtmuseen mit NS-Vergangenheit firmieren konnten, führte andernorts dazu, die Idee vom „Integrationsmodell“ aufzugeben, so beispielsweise in Frankfurt am Main und in München.

Aber eine Diskussionsebene, um diese neuen Museumspläne mit ihren Folgen für das Jüdische Museum zu erörtern, gab es zu dieser Zeit nicht, weder im Kollegenkreis, noch auf der Ebene des Senators für Kulturelle Angelegenheiten. Alle Anstrengungen richteten sich uneingeschränkt auf das Ziel der Vereinigung. Es galt demnach, den richtigen Zeitpunkt für ein Gesprächsforum zu finden.

Anfang März 1990 lud der Museumsdirektor des Berlin Museums alle Mitarbeiter des MM und BM zu einem ersten Treffen ein, damit die Kollegen sich kennen lernen und austauschen könnten. Das Treffen fand in der Kuppel des Französischen Domes statt.

Hier sprach ich Prof. Bothe zum ersten Mal darauf an, dass man die Vereinigung MM + BM nicht ungeachtet der Folgen für das Jüdische Museum betreiben könne. Das „Judensilber“ kam ebenfalls zur Sprache, und auch, dass sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch einiges davon im Märkischen Museum befand, denn aus zuverlässiger Quelle wüsste ich, dass Silber aus jüdischem Besitz auch nach dem Krieg noch vorhanden war. Auf diese Mitteilung erfolgte keinerlei Reaktion, weder in der Gesprächssituation selbst, noch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt.

Es kann aber kaum ein Zweifel daran bestehen, dass Rolf Bothe, der bereits damals damit rechnete, den Posten des Direktors des aus BM + MM vereinigten Museums zu übernehmen, mit Reiner Güntzer den Sachverhalt erörtert hat, der diesen Sachverhalt länger kannte als irgendein anderer.

Ebenfalls im März 1990 trat Prof. Bothe mit einer in den Räumen des damaligen Berlin Museums anberaumten Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und informierte über die vom Senat verfolgte Absicht, das MM + BM zu vereinigen. Nach meiner Erinnerung wurde bei dieser Pressekonferenz das Jüdische Museum mit keinem Wort erwähnt.¹⁹

Das Stillschweigen von Rolf Bothe brachte mich dazu, die Bedeutung der NS-

¹⁹ Beide Ereignisse, Informierung von Prof. Bothe über das „Judensilber“ im Märkischen Museum bei dem Kollegentreffen im Französischen Dom, und Pressekonferenz im Berlin Museum mit der Ankündigung der Vereinigung von MM + BM, fallen in den Monat März 1990. Nach meiner Erinnerung ist das Kollegentreffen der Pressekonferenz voraus gegangen. Nach einer Mitteilung von Dr. Martina Weinland, der Sammlungsdirektorin des Stadtmuseums, ließen sich die genauen Daten aus den Hausakten der Stiftung Stadtmuseum nicht ermitteln; Email an Verf., 18.7.2008.

Vergangenheit des MM mit dem Architekten Daniel Libeskind besprechen zu wollen. Es kam aber lediglich zu einer Terminabsprache mit seiner Ehefrau Nina Libeskind, die sich mir überraschenderweise als für alle inhaltlichen Fragen zuständige Mitarbeiterin des Architekten vorstellte. Nachdem ich ihr den Sachverhalt geschildert hatte, kam die postwendende Antwort:

Mr. Libeskind believes that this is a very dangerous discussion which SHALL NOT take place. (Herr Libeskind glaubt, dass dies eine sehr gefährliche Diskussion ist, die nicht stattfinden wird; oder, alternativ übersetzt: die nicht stattfinden darf. Der Tonfall, in dem Nina Libeskind das SHALL NOT aussprach, hörte sich an wie eine Verkündung aus den Zehn Geboten).²⁰

Dass der Architekt Daniel Libeskind diese Thematik nicht diskutiert haben wollte, ist ein Aspekt. Ein anderer Aspekt ist, dass die Museumsmitarbeiter, statt sich der intellektuellen Herausforderung und Auseinandersetzung zu stellen, in einem reflektorischen Dilemma verharrten und abwarteten. Jeder Versuch, den ich unternahm, um die problematische Fusion MM + BM auf die Agenda der Museumssitzungen des Jahres 1990 zu bringen, scheiterte – und resultierte letztendlich darin, dass im Frühherbst 1990 das Büro Libeskind dem Berlin Museum die Mitteilung zukommen ließ, der Architekt weigere sich, fortan an den von der Senatsverwaltung für Bau und Wohnen als zuständiger Behörde einberufenen Sitzungen über das Museumsprojekt teilzunehmen, wenn auch Dr. Vera Bendt anwesend wäre. Die Folge war, dass ich ab Herbst 1990 von sämtlichen Sitzungen und Besprechungen ausgeschlossen wurde, meine Aufgaben wurden Mitarbeitern zugewiesen, die in Werkverträgen für das Berlin Museum tätig waren (später wurden, um meinen Aufgabenbereich zu besetzen, sogar neue Mitarbeiter mit Zeitverträgen eingestellt), und es wurde die Anweisung gegeben, dass mir weder dienstlich noch informell irgendwelche Informationen über Besprechungen und Ergebnisse mitgeteilt werden sollten.

Dies war das Aus jedweder Museumsarbeit und entsprach nicht meinen Vorstellungen von Professionalität und Kollegialität, die die Basis der Museumswissenschaften und ihres kulturellen Auftrages für die Gesellschaft sind. Meine Ausschaltung aus dem Museumsprojekt wurde zum Programm der

²⁰ Bemerkenswert ist, dass Nina Libeskind die Antwort des Architekten ohne Rücksprache mit ihm gab und von ihm im Pluralis majestatis sprach.

nachfolgenden Jahre.

-.-.-.-.-

Dass die an der Aufbauarbeit maßgeblich beteiligte Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin in vollem Umfang über die neuen Museumspläne unterrichtet würden, hielt ich für unbedingt notwendig.

Außer dem Problem der NS-Vergangenheit des Märkischen Museums erbrachten die Vereinigungspläne nämlich ein enormes Platzproblem, das schwerwiegende Folgen für die „Unterbringung“ des Jüdischen Museums im Libeskind-Bau nach sich zog: Arbeitsräume, Depots, Bibliothek und insbesondere die Ausstellungsflächen, die laut Wettbewerbsausschreibung nur für das Berlin Museum mit Jüdischem Museum ausgewiesen waren, sollten nun auch den Platzbedarf des Märkischen Museums befriedigen.

Diese, mit der Presseankündigung vom März 1990 beginnende „Neuverteilung“ der Räumlichkeiten im damaligen Berlin Museum an der Lindenstraße führten konsequenterweise dahin, das Jüdische Museum im Untergeschoß des Libeskind-Gebäudes zu platzieren, in Arealen, die vor den Änderungsplanungen der Jahre 1990 und 1991 für Depots vorgesehen waren.²¹

Im Februar 1991 sollte turnusmäßig eine Vorstandssitzung der Gesellschaft einberufen werden, für die ich, wie alle Jahre davor, die Tagesordnung und einen Sachstandsbericht vorbereitet hatte. Hier hätte über die Fusion und die Unterbringung des Jüdischen Museums im Untergeschoß gesprochen werden sollen. Die Sitzung kam nicht zustande, die Einladungen wurden nicht versendet (was mir aber nicht mitgeteilt wurde). Stattdessen erhielt ich eine Abmahnung mit Androhung „dienstrechtlicher Konsequenzen“ für den Fall weiterer „Verlautbarungen“ meinerseits, die nicht *der Linie des Senats* entsprächen. Ich müsse bei weiterem

²¹ Vgl. *Realisierungswettbewerb: Erweiterung BERLIN MUSEUM mit Abteilung JÜDISCHES MUSEUM*. Voraussetzungen, Verfahren, Ergebnisse, hg. v. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin, bearb. V. Volker Heise, Susanne Holstein, Berlin 1990. Der Erstdruck kam im Januar 1990 heraus und wurde wieder eingezogen, der Neudruck kam im März 1990 heraus. Die Betrachtung der 165 eingereichten Wettbewerbsbeiträge lässt erkennen, dass alle Entwürfe mit Untergeschoß-Platzierung für das „Jüdische Museum“ bereits in der 1. Runde des Wettbewerbsverfahrens ausschieden.

Widerstand gegen die Senatspolitik mit fristloser Entlassung aus dem Museumsdienst des Landes Berlin rechnen.

Die überragende Rolle der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. und die Bedeutung der Gesellschaft für die Aufbauarbeit seit 1976, ebenso wie die Rolle der Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, die am Aufbau des Jüdischen Museums Interesse zeigten und sich engagierten, wurden spätestens ab 1992 in den Hintergrund geschoben und verdrängt. Dies hat Folgen bis heute: Im heutigen Jüdischen Museum Berlin wird diese Vorläufer-Rolle weitgehend ignoriert oder als abstraktes Relikt aus längst vergangener Zeit vermittelt, obgleich manche in leitenden Positionen tätige Kuratoren bereits vor 1998 zur Zeit des Stadtmuseums am Projekt Jüdisches Museum mitarbeiteten und teilweise persönlich in die Aktivitäten der Gesellschaft eingebunden waren. Eine historische Evaluierung und Würdigung der 1975 gegründeten Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin e.V. stehen bis heute aus.²²

Wahrscheinlich ab Mai 1991²³ wurden bei der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten die ersten Weichen gestellt, um die Oberkustoden-Position (Abteilungsleiter-Posten) des Jüdischen Museums, die ich seit 1979 inne hatte, neu zu besetzen. Ein Direktor für das Jüdische Museum **war nicht vorgesehen**.

Das Jüdische Museum sollte als „Abteilung“ mit dem gleichen Status wie die volkskundlichen oder fotografischen Sammlungen, ins fusionierte Stadtmuseum integriert werden. In späteren überarbeiteten Organigrammen wurde die Abteilung 20, Jüdisches Museum, *im Range* einer Hauptabteilung den vier anderen Hauptabteilungen angeschlossen.

Erst im Schlussakt der Gründung des Stadtmuseums, bei der letzten Anhörung im Juni 1995 vor Erlass des Stiftungsgesetzes, wurde im Kulturausschuss des

²² Die Gründungssitzung fand im November 1975 statt, die Eintragung als gemeinnütziger Verein erfolgte im März 1976. Der Gründungsvorsitzende Hanns-Peter Herz wurde bei allen Vorstandswahlen bis 1993 in seinem Amt bestätigt. Zur großen Gala-Eröffnung des Libeskind-Baus erhielt er keine Einladung.

²³ Wann genau die erste diesbezügliche Besprechung (einberufen als „informelles Treffen“ ohne Protokoll) bei der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten stattfand, konnte nicht ermittelt werden. Dass sie stattfand, wurde mir von einem Mitarbeiter der Senatsverwaltung mitgeteilt, der an der Besprechung teilgenommen hatte. Jedoch hat die gleiche Person sich zu einem späteren Zeitpunkt selbst widersprochen und angegeben, eine solche Besprechung habe es nie gegeben.

Abgeordnetenhauses der Antrag eingebracht, das Jüdische Museum nicht nur **im Range** einer Hauptabteilung im Stadtmuseum zu führen, sondern als **Hauptabteilung V, Jüdisches Museum** mit drei Unterabteilungen den vier übrigen Hauptabteilungen gleichzustellen.

Gesucht wurde demnach kein Direktor, sondern ein Abteilungsleiter. Um die Neubesetzung haushaltsrechtlich nicht als Doppelbesetzung des Abteilungsleiter-Postens in Erscheinung treten zu lassen, wurde mit dem Argument der „politischen Aufwertung nach Außen“ die Stelle 1993 unter der Titelei „Direktor des Jüdischen Museums“ ausgeschrieben.

Siehe: Stellenausschreibung des Jahres 1993. Amnon Barzel stellte sich im Januar 1994 den MitarbeiterInnen der „Abteilung Jüdisches Museum“ in der Meinung vor, er habe einen Direktorenposten übernommen. Dass er NUR eine Stelle als Abteilungsleiter angetreten hatte, wurde ihm erst bewusst, als ihm mit Gründung der Stiftung Stadtmuseum im Juni 1995 vom neu ins Amt gekommenen Generaldirektor mitgeteilt wurde, er sei kein Direktor sondern Hauptabteilungsleiter, habe an den vom Generaldirektor anberaumten Dienstbesprechungen teilzunehmen und sei gegenüber dem Generaldirektor weisungsabhängig. Dies war der Auftakt für den ab 1996 öffentlich ausgetragenen „Berliner Museumsstreit“, den die Senatsverwaltung durch Kündigung zu beheben suchte: Amnon Barzel wurde zum 30.9.1997 gekündigt.

Daniel Libeskind war bereits 1990 zugestanden worden, dass er bei einer Neubesetzung des Leitungspostens „Jüdisches Museum“ nicht nur ein Mitsprache-Recht haben würde (was in der deutschen Museumsgeschichte an sich schon außergewöhnlich ist), sondern ihm wurde das Recht zugesichert, dass nur **eine Person seines Vertrauens** bei der Stellenbesetzung den Zuschlag bekommen würde. Dies hatte zur Folge, dass der Architekt bei den im Dezember 1993 stattfindenden Bewerbergesprächen als einer unter vielen im Auswahlgremium sass, er aber bei der Personalentscheidung der einzige war, dessen Votum zählte. Der Kandidat seiner Wahl, Amnon Barzel, trat am 1. Juli 1994 die Stelle an.

Das Status-Problem war das Endglied in der Kette, die den Museumskonflikt unausweichlich gemacht hatte. Die Untergeschoß-Lösung für das Jüdische Museum als Folge der Platzprobleme, die sich aus den Vereinigungsplänen MM + BM notgedrungen ergaben, ist ein anderes Glied.

Dass das Jüdische Museum nicht ohne Hinterfragung „die andere Hälfte“ eines Museums mit NS-Vergangenheit sein kann, machte Vereinigungspläne zwar problematisch, aber nicht unlösbar.

Zum tiefgreifenden, unlösbaren Museumskonflikt ist es gekommen, weil das „Stillschweigen“ und das Tabu, die Ausschaltung von „Wissen“ und die unreflektierten Zugeständnisse an die Architekturphilosophie von Daniel Libeskind in der Phase 1990 bis 1992 die Oberhand hatten.

Das Streben nach Status und Prestige, gegeben durch die Position „Museumsdirektor“, und das Streben nach Ruhm und Ehre unter den Größten der Architekturgeschichte seit Leonardo da Vinci, waren die Komponenten eines Geschehens, das so aussieht, als handele es sich hier um einen gewöhnlichen Konkurrenzkampf im Spiel der Kräfte – ein von der >Leistungsgesellschaft< durchaus akzeptierter Konkurrenzkampf, in dem es nun einmal Gewinner und Verlierer gibt. Oder ist das museale Drama das Symptom einer nicht zu Ende gehenden „Unbewältigten Vergangenheit“ ? Eine Vergangenheit, die gerade auch deshalb nicht aufhören wird, weil ihre destruktive Kraft immer neue Blüten treibt.

„Gewöhnliches Drama“ oder „Historisches Trauma“ ? Mit dieser Frage werden sich wohl noch viele Historiker auseinandersetzen.

Der Konflikt konnte in der Realisierungsphase ab 1992 weder auf der museumswissenschaftlichen noch der administrativen noch der politischen Ebene gelöst werden. Erst W. Michael Blumenthal, der im Dezember 1997 von Senator Peter Radunski im Roten Rathaus der Presse und Öffentlichkeit als künftiger Direktor des Jüdischen Museums vorgestellt wurde, brachte die Lösung, indem er den Knoten nach alexandrinischer Art trennte und das Jüdische Museum durch das neue Stiftungsgesetz in der Trägerschaft der *Stiftung Jüdisches Museum* vom 1. Januar 1999 an selbständig machte.

Ogleich Prof. Blumenthal nicht nur die Kulturpolitik des Landes Berlin, sondern die gesamte deutsche Museumsgeschichte vor allergrößter Blamage²⁴ bewahrte, hat der Generaldirektor des Stadtmuseums, Reiner Güntzer, nach der Gründung des Jüdischen Museums keine Gelegenheit ausgelassen, ohne über das Opfer und den Verlust zu sprechen, den das „Stadtmuseum“ erlitten habe.²⁵

²⁴ Vielleicht könnte man von einem kulturpolitischen GAU sprechen.

²⁵ Hierzu insbesondere: Jahrbücher der Stiftung Stadtmuseum, Vorworte / Einleitungen von Reiner Güntzer.

Denn: Die seit seinen Anfängen herrschende permanente Raumnot des Märkischen Museums sollte bereits 1937 durch einen „Erweiterungsbau“ behoben werden, der aber nie gebaut wurde. Der „Erweiterungsbau“ des Berlin Museums (Libeskind-Bau), so die Vision mit „utopischem Glanz“,²⁶ sollte Abhilfe bringen: Endlich würde das Märkische Museum die lang benötigten zusätzlichen Depots, Werkstätten, Arbeitsräume, seine Bibliothekserweiterung und Räume für die Archivunterbringung bekommen. Von 10.000, durch die Selbständigkeit des Jüdischen Museums verlorenen Quadratmetern Fläche war im Jahrbuch des Stadtmuseums die Rede.

Dass diese Einbeziehung des Raumbedarfs des Märkischen Museums in die Neubaupläne des Berlin Museums sämtliche Planvorgaben für das Berlin Museum mit Jüdischem Museum auf den Kopf stellte und dort jene Raum- und Platznot schaffte, die das „Jüdische Museum“ im Untergeschoß landen ließ; dass die umgekehrten Vorzeichen bzw. die Verwechslung von Ursache und Wirkung gar nichts mit Jüdischem Museum zu tun hat, sondern mit einer simplen Milchmädchenrechnung, nämlich: Wenn ein Hausneubau für zwei Wohnungen geplant ist, kann man nicht plötzlich mehr Parteien als in zwei Wohnungen hineinpassen, in das Gebäude setzen; dass man bei einem Lamento über Opfer und Verlust eher ans Jüdische Museum statt ans Märkische Museum denken sollte: All dies sind Überlegungen, die manchem Zeitgenossen heute kaum mehr als Marginalien sind.

Aber: Nach den Planungsvorgaben des Stadtmuseums, die von 1993 an entwickelt wurden, hätte jeder Raumbedarf des Jüdischen Museums unter der Prämisse gestanden, dass anderer Raumbedarf Priorität besitzt, bis hin zur Anzahl der Archivschränke in den Depots. Dies sollte aus der historischen Rückschau auf die Vorgeschichte des Jüdischen Museums Berlin jedenfalls nicht ausgeklammert bleiben.

²⁶ Vgl.: Kurt Winkler, Zum Geleit. Zum 10-jährigen Jubiläum der Stiftung Stadtmuseum Berlin am 23. Juni 2005. In: Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Berlin 2004/2005, S. 9. Kurt Winkler, nach der Pensionierung von Reiner Güntzer 2003 in der Interimsphase bis zur Neubesetzung des Postens zum „Amtierenden Generaldirektor“ des Stadtmuseums ernannt.

Die Rolle des „Judensilbers“ für das Stadtmuseum

Nachdem der Baubeginn für den Erweiterungsbau des Berlin Museums politisch und finanziell abgesichert war, der Termin für die Grundsteinlegung festgelegt war – 9. November 1992 – und keine Gefahr mehr bestand, dass eine unliebsame Debatte über die Vergangenheit des Märkischen Museums die Neubaupläne tangieren könnten, wurde das „Judensilber“ im Vorfeld der noch ausstehenden Fusion mit dem Märkischen Museum thematisiert. Ein Mitarbeiter des Berlin Museums „durchkämmte“ im März 1992 die Sammlungsbestände des Märkischen Museums auf der Suche nach Objekten und Unterlagen. Über die Ergebnisse dieser Suche gibt es folgenden Vermerk:²⁷

Vermerk Berlin Museum

Herr [Name des Mitarbeiters des Berlin Museums] teilte mit, dass er zusammen mit Kollegen des Märkischen Museums Inventarlisten des sogenannten „Judensilbers“ aufgefunden hat. Die Silberbestände umfassen ca. 6.000 Objekte, meist Haushaltssilber. Sie wurden nach der „Reichskristallnacht 1938“ über verschiedene Pfandleihanstalten an das Märkische Museum verkauft und dort katalogisiert. Nach verschiedenen Anfragen in der jüngsten Zeit, u.a. durch Herrn Prof. Olbrich, wurde von Seiten des Märkischen Museums mitgeteilt, dass die Inventare nach dem Krieg verschollen seien und die Objekte nicht zu identifizieren. Die jetzt aufgefundenen Unterlagen zeigen Vermerke von den Mitarbeitern des Märkischen Museums u.a. aus den 80er Jahren. Über die Angelegenheit wurde Herrn Güntzer Mitteilung erstattet und verabredet, auch ein Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu informieren. Demzufolge habe ich heute den Vorsitzenden der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum über die Angelegenheit informiert. Eine Veröffentlichung an die Presse oder ähnliches sollte noch nicht erfolgen, da die Unterlagen noch nicht ausgewertet sind und erst einer genaueren Untersuchung bedürfen. Eine Nennung vor der Zeit könnte möglicherweise zu Veröffentlichungen mit spekulativem Charakter führen, da von Seiten des Museums noch keine verlässlichen Angaben gemacht werden können.

Unterschrift: Prof. Dr. Rolf Bothe Berlin, d. 18.5.1992

Verteiler: Herr Hanns-Peter Herz
Herr Güntzer, Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten

Aus dem Vermerk geht hervor, dass beim Märkischen Museum Anfragen nach dem „Judensilber“ eingingen, die negativ beantwortet wurden: Die Inventare seien nach dem Krieg verschollen und die Objekte seien nicht zu identifizieren. Diese

²⁷ Eine Kopie des Vermerks wurde in der Ausstellung „Raub und Restitution“ des Jüdischen Museums Berlin gezeigt. Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin vom 19.9.2008 bis 25.1.2009.

Negativmeldung seitens des Märkischen Museums zeigt, dass 1991-1992 kein Interesse daran bestand, die Rolle des Museums in der NS-Zeit zu thematisieren. Weiter ist bemerkenswert, dass verabredet wurde, an Stelle des Vorstands der Jüdischen Gemeinde zu Berlin lediglich ein „Mitglied“ der Jüdischen Gemeinde zu informieren. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin war seinerzeit Heinz Galinski, der jedoch wegen seiner schweren Erkrankung seine Amtsgeschäfte nicht mehr wahrnahm. Am 19. Juli 1992 starb Heinz Galinski nach 43 Jahren im Dienst der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Aus dem Verteiler würde man schließen, dass der Vorsitzende der Gesellschaft für ein Jüdisches Museum in Berlin, Hanns-Peter Herz, informiert wurde. Ob dies tatsächlich geschehen ist, bleibt offen, denn ein Vermerk im Verteiler ist kein Beweis, dass ein Brief versendet wurde und die Information den Empfänger auch wirklich erreicht hat. Zudem bleibt anzumerken, dass Hanns-Peter Herz als protestantischer Christ nie eingeschriebenes Mitglied der Jüdischen Gemeinde war.

Die Annahme, man könne bei der Durchsichtung der Sammlungen des Märkischen Museums „wertvolle Judaica“ (synagogale Objekte) finden, erfüllte sich nicht. Stattdessen stellte sich ein anderes Problem heraus. Von den im Jahr 1939 in den Besitz des Märkischen Museums gelangten Silberobjekten (im Inventar, das im Märkischen Museum 1939 angelegt wurde, sind 4.706 einzelne Stücke verzeichnet) war mit Ausnahme einiger Reststücke im Jahr 1992 nichts mehr vorhanden. Vom Berlin Museum wurde eine Ausstellung vorbereitet, die zum Jahresende im Gropius-Bau in den damals von der „Abteilung Jüdisches Museum des Berlin Museums“ genutzten Räumlichkeiten besichtigt werden konnte. Sie trug den emphatischen Titel:

Die andere Hälfte

Gezeigt wurden Bilder, Dokumente und andere Gegenstände aus den Sammlungen des Märkischen Museums, die einen Bezug zur Geschichte der Juden in Berlin haben. Im Zentrum der Medienaufmerksamkeit stand das „Judensilber“. In einer Großvitrine wurden die besagten Reste inszeniert. Im Begleittext zur Ausstellung wurde der historische Hintergrund erläutert und der Ausstellungsbesucher erfuhr, dass von den knapp 5000 Gegenständen, die der damalige Direktor des Märkischen Museums,

Walter Stengel (1882 – 1960), im Jahr 1939 in den für die Zwangsabgabe bestimmten Pfandleihen selbst oder mit Hilfe von Mitarbeitern ausgesondert hatte, nur noch das Wenigste vorhanden ist. Über den Verbleib der Hauptstücke wisse man nichts. Man ging davon aus, dass bei den Plünderungen 1945, die auch die Depots des Märkischen Museums nicht verschonten, das „Judensilber“ verloren ging. Von der Ausstellung gibt es keinen Katalog, aber eine hektographierte Aufstellung der gezeigten Kunstwerke. Das „Judensilber“ ist nicht einzeln beschrieben.²⁸

Nachdem 1995 Reiner Güntzer sein Amt als Generaldirektor des Stadtmuseums und als Vorsitzender der Stiftung Stadtmuseum angetreten hatte, startete er 1996 das Projekt „Judensilber“. Es sollte aus den verschiedenen im Hause überlieferten Quellen rekonstruiert werden. Es war danach zweimal Gegenstand in Beiträgen, die im Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin veröffentlicht wurden. Band III (1997) wurde Walter Stengel, dem Direktor des Märkischen Museums von 1925 bis 1952, gewidmet. In den von Kurt Winkler verfassten Biographischen Notizen zu Stengel spricht der Autor dessen Rolle in der NS-Zeit und seine Beteiligung bei den Enteignungen an. Winkler stellte bei seinen Recherchen über Walter Stengel fest, dass nicht nur das „Judensilber“, sondern andere Kunstwerke aus jüdischem Besitz bis 1945 (!) ins Märkische Museum gelangten. Genauere Angaben, um welche Kunstwerke es sich dabei handelt, und ob sie heute noch vorhanden sind, macht der Autor nicht.²⁹

Die für das Jüdische Museum übergebenen Archivdokumente oder die Aufzeichnungen mündlicher Mitteilungen (siehe: Frieda Kaeber, Ursula Simson, Heinz Galinski) wurden zu dieser Rekonstruktion nicht herangezogen, vielmehr noch: Es gab keinen Informationsaustausch über das geplante Forschungsprojekt zwischen den Hauptabteilungen des Stadtmuseums „Geschichte“ und „Jüdisches Museum“, weder auf der Ebene der Abteilungsleiter, noch auf der Ebene der wissenschaftlichen

²⁸ Ein Foto aus der Ausstellung im Gropius-Bau, die am 10. November 1992 eröffnet wurde, ist in dem Begleitband „Raub und Restitution“ abgebildet: Inka Bertz, Silber aus jüdischem Besitz. In: Raub und Restitution, Begleitband, hg. v. Inka Bertz und Michael Dormann im Auftrag des Jüdischen Museums Berlin, Berlin 2008, S. 189-194, hier: Seite 194.

²⁹ Kurt Winkler, Walter Stengel (1882–1960) - Biographische Notizen, in: Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Bd. III, hg. v. Generaldirektor des Stadtmuseums Berlin Reiner Güntzer, Berlin 1997, S. 186-210, hier: Seite 196-200.

Mitarbeiter.³⁰

Die Ergebnisse der 1996-1997 von der Stiftung Stadtmuseum extern in Auftrag gegebenen Studie wurden von Marlies Coburger mit dem Titel „Der Silberschatz im Märkischen Museum“ im Jahrbuch IV (1998) veröffentlicht.³¹

³⁰ Im gleichen Zeitraum wurde eine weitere Studie, nämlich über die zwanzigjährige Planungsphase betreffend das Jüdische Museum Berlin, in Auftrag gegeben und im Nicolai-Verlag veröffentlicht. Hier gilt das Gleiche: Ein kollegialer und wissenschaftlicher Austausch fand nicht statt. Die Recherchen und Texte wurden ohne Einbeziehung des Archivbestandes der „Hauptabteilung Jüdisches Museum“ durchgeführt, obgleich dieser Archivbestand, damals im Palais Ephraim zugänglich, nur eine Treppe höher lag als die Arbeitszimmer der beiden Autoren. Siehe: Martina Weinland und Kurt Winkler, Das Jüdische Museum im Stadtmuseum Berlin – Eine Dokumentation, Berlin 1997.

³¹ Marlies Coburger, „Der Silberschatz im Märkischen Museum“, in: Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Bd. IV), hg. v. Generaldirektor des Stadtmuseums Berlin Reiner Gützler, Berlin 1998, S. 223-272.

Rekonstruktion der Sammlung „Judensilber“

Marlies Coburger³² hat mit ihren umfassenden Recherchen und ihrer Veröffentlichung zum „Judensilber“ im Märkischen Museum einen wesentlichen Beitrag geleistet und der Provenienz-Forschung den Boden bereitet. Ihre im Eingangskapitel geäußerte Prämisse, dass neun Zehntel der Sammlung 1945 „verschollen ging“³³, gründet sich darauf, dass sich bei den Vorbereitungen für die im Jahr 1992 veranstaltete Ausstellung *Die andere Hälfte* nur noch ca. 538 Einzelteile (Kleine und Kleinste Teile) anfinden.

Die Betrachtung der Vorgänge bei der Auslagerung von Beständen des Märkischen Museums in die Reichsbank und ihrer Bergung nach Kriegsende, beides unter Leitung von Walter Stengel, darunter auch vermutlich zehn Kisten mit „Judensilber“, bringt Coburger auf den Nenner:

Falls sich die zehn Kisten bei Kriegsende noch in der Reichsbank befanden, dann gingen sie dem Museum nun verloren. Nach Stengels Aussage von 1953 blieb von der bedeutenden Sammlung nichts außer der von Scheffler angelegten Kartei übrig. Das ist zwar angesichts der überlieferten etwa 500 kleineren und Kleinstobjekte nicht exakt, aber eine durch den Fakt der nicht vorhandenen Stücke unterlegte Aussage.³⁴

Es ist keine logische Schlussfolgerung, aus dem „Nicht-Vorhandensein“ (1992) abzuleiten, dass die Silbersammlung aus der Zwangsabgabe von 1939 im Jahr 1945 verloren ging. Auch die Aussage Stengels aus dem Jahr 1953 reicht als Beweis nicht aus. Coburger selbst stellt Stengels Thesen, die dieser in seiner 1953 veröffentlichten „Chronik des Märkischen Museums der Stadt Berlin“ niedergelegt hatte, in Frage und vermutet, so muss man aus ihren Darlegungen schließen, eine Schutzbehauptung:

„In Museumskreisen waren die Ankäufe Stengels vermutlich nicht unbekannt, und vielleicht rechnete er mit Nachfragen.“³⁵

³² Seit ihrer Erstveröffentlichung zum Thema „Judensilber“ hat Marlies Coburger weiter geforscht: Neues zum „Silberschatz im Märkischen Museum“. In: Jahrbuch der Stiftung Stadtmuseum Berlin, Bd. X, hg. v. Amtierenden Generaldirektor des Stadtmuseums Berlin Kurt Winkler, 2004/2005, S. 59-72.

³³ M. Coburger (wie Anm. 32), hier S. 223.

³⁴ M. Coburger (wie Anm. 32), hier S. 266.

³⁵ M. Coburger (wie Anm. 32), hier S. 270. Zitatsverweis: Walter Stengel, Chronik des Märkischen Museums der Stadt Berlin. Im Auftrage des Senators für Volksbildung, Berlin 1953.

Wohl wahr: Dass Walter Stengel 1952 / 1953 vielleicht mit Nachfragen rechnete, ist mehr als wahrscheinlich, aber weniger aus Museumskreisen, sondern eher aus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Die Entschädigungsverfahren vor den Wiedergutmachungskammern der Gerichte hatten Anfang der 1950er Jahre gerade begonnen. Das Stillschweigen über Kulturgut und Familienerbstücke von Juden, die im Zuge der NS-Gesetzgebung in die Museen gelangt waren, ist eine der Ursachen, warum erst jetzt, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende, „Raub und Restitution“ zum Thema bei Museumskuratoren wurde. Die Washingtoner Erklärung aus dem Jahr 1998 schuf hierfür die Grundlage:

Die so genannte **Washingtoner Erklärung** (*Washington Principles*) vom 3. Dezember 1998 – eigentlich „**Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden**“ – ist eine die Unterzeichnerstaaten rechtlich nicht bindende Übereinkunft, um die während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmten Kunstwerke zu identifizieren, deren Vorkriegseigentümer oder Erben ausfindig zu machen und eine „gerechte und faire Lösung“ zu finden.

Dieser Selbstverpflichtung folgte Deutschland mit einer „*Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz*“ vom 14. Dezember 1999 sowie einer „*Handreichung zur Umsetzung der Washingtoner Erklärung*“.

Zitiert nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Washingtoner_Erklärung

In Anbetracht dessen, was von Heinz Galinski zum Fragenkomplex der Silberabgabe des Jahres 1939 und der Besichtigung im Jahr 1950 berichtet wurde, wobei ausdrücklich auch von „religiösen Objekten“ die Rede war, stellt sich notgedrungen die Frage, warum diese Gegenstände 1992 nicht vorgefunden wurden. Ihr Verschwinden kann nicht den von Walter Stengel geschilderten Vorgängen im Jahr 1945, die auf Plünderungen schließen lassen, zugeschrieben werden.

Das von Wolfgang Scheffler (1902 – 1992) ab 1939 angelegte Inventar des „Judensilbers“ umfasste zwei Bände mit 4706 Einträgen. Nur der zweite Band ist heute vorhanden. In ihm sind so gut wie keine religiösen Objekte verzeichnet. Über den Verbleib des ersten Bandes gibt es keine Auskünfte. Erhalten sind die Karteikarten mit Fotos.³⁶

Kriegsbedingte Sammlungsverluste sind ein Hauptgrund dafür, warum nicht nur das „Judensilber“, sondern die Silbersammlung des Märkischen Museums insgesamt als „verschollen“ gilt. Was aber, wenn das fast völlige Verschwinden der Silbersammlung des Märkischen Museums nicht, wie angenommen wird, allein den Bomben und Plünderungen der Alliierten im Jahr 1945 zuzurechnen ist, sondern auch dem Staatlichen Kunsthandel der DDR?

Dass für diesen Handel in den 1970er Jahren Kulturgut aus dem Märkischen Museum zur Verfügung gestellt werden musste, war 1990 ein offenes Geheimnis in Kreisen der Mitarbeiter des MM und des BM, aber offiziell wurde dies niemals thematisiert. Dass Stücke aus dem sog. Judensilber über den Kunsthandel der DDR in den Westen gelangten, ist nicht nachgewiesen, aber auch nicht auszuschließen. Ein Forschungsprojekt, das sich nicht nur auf Unterlagen im Archiv des Märkischen Museums (heute Stadtmuseum) bezieht, sondern auch Unterlagen in der Gauck-Behörde einbeziehen müsste, könnte neue Erkenntnisse bringen.

Es gibt noch andere Gründe, die zu „Sammlungsverlust“ führen: Analoge Inventarisierung.

Wenn in einem Museum Sammlungsobjekte, deren Daten mit Karteikarten, Zugangsnummern in Inventarbüchern oder anderen Verwaltungsakten festgehalten

³⁶ M. Coburger (wie Anm. 32), hier S. 252.

sind, dennoch „nicht auffindbar“ sind, liegt dies häufig daran, dass die Inventarnummern am Objekt fehlen. Der Regelfall bei Silberobjekten ist, diese Nummern einzuätzen. Eine andere Art, Nummern an Objekten anzubringen, sind angehängte Schildchen, zumeist aus Pappe. Diese können leicht verloren gehen. Nummernlose Stücke waren in anderen Berliner Museen, die ihr Sammlungsgut kriegsbedingt ausgelagert hatten, beispielsweise im Völkerkunde-Museum, bis weit in die 1960er Jahre eine Hauptaufgabe für Kuratoren und Volontäre und bis heute sind nicht alle nummernlosen Stücke geklärt.

Wenn Silbergegenstände, die dem „Judensilber“ zuzurechnen sind (mit Ausnahme des hier mehrfach erwähnten Restbestandes), 1950 noch vorhanden waren, heute aber nicht mehr auffindbar sind, könnte „analoge Inventarisierung“ im Spiel sein. Das hieße, dass vorhandene Stücke (vielleicht weil es sich um nummernlose Stücke handelte) einem anderen Sammlungsbestand zugewiesen und neue Inventarnummer vergeben wurden (vielleicht, um ihre Herkunft zu neutralisieren).

Durch Neu-Inventarisierung können große Sammlungskomplexe „virtuell verschwinden“, obgleich sie materiell im Museum noch vorhanden sind.

Ob dies hier zutrifft, sei dahingestellt.

Ein Band des Sonderinventars, das einst angelegt wurde, ist unauffindbar. Die 1939 – 1941 angelegten Karteikarten sind zwar historisch von großem Interesse, aber keine gesicherte Quelle, um die Neu-Inventarisierung zu widerlegen.

Sicher ist, dass die Provenienz-Forschung in den MM-Sammlungen der heutigen Stiftung Stadtmuseum Berlin noch vor einem großen Aufgabenfeld steht. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in den 1960er und 1970er Jahren im Märkischen Museum beschäftigt waren, könnten zu diesem Teil der Museumsgeschichte noch befragt werden.³⁷

³⁷ Inka Bertz (wie Anm. 29), hier: S. 194, schreibt über die vom Stadtmuseum initiierte Rekonstruktion der Geschichte des sog. Judensilbers: „Wie so viele Projekte der Provenienzforschung blieb auch dieses ein Fragment.“ Sie schließt sich allerdings der These von Marlies Coburger an, dass 1945 mit Ausnahme des Restbestandes an kleinen Teilen, alles verloren ging. Ob diese These angesichts der noch nicht umfassend erforschten Quellenlage aufrecht erhalten werden kann, wird sich in Zukunft zeigen. In den 1980er und Anfang der 1990er Jahre war es für Kunsthistoriker nicht besonders opportun, sich mit unrechtmäßig erworbenem Museumsgut der NS-Zeit zu befassen. Heute ist das anders: Kunsthistoriker, die das Thema 1990 ausgeblendet haben, können sich heute neu positionieren und profilieren. Forschungen zum Staatlichen Kunsthandel der DDR, bezogen auf das, was in der DDR an „jüdischem Kulturgut“ nach 1945 noch vorgefunden wurde, sind bis heute tabu.

Zum Schluss wird die Frage aufgeworfen, warum mein „Altwissen“ aus dem Forschungsprojekt „Rekonstruktion Judensilber“ ausgeklammert wurde. Meine museumspolitisch vollzogene Ausschaltung erklärt sich zur Genüge aus der Interessenslage „Museumsdirektor bzw. Generaldirektor der Stiftung Stadtmuseum / Architekt Daniel Libeskind und das Neubauprojekt“. Beide Seiten waren vereint in dem Bestreben, jedwede Diskussion über die 1990 einsetzenden Fusionspläne MM + BM unter dem Aspekt der NS-Vergangenheit des Märkischen Museums zu verhindern. Das Projekt „größtes Stadtmuseum Deutschlands“ sollte nicht gefährdet werden, der Erweiterungsbau des Berlin Museums nach den Plänen des Architekten Daniel Libeskind musste, um diese Größe erreichen zu können, erhalten bleiben. Daniel Libeskind präsentierte sich in jener Zeit gern als „Architekt der Moral“ und niemand, auch kein Museumsdirektor, wollte Moral oder Unmoral der Libeskind’schen Architekturphilosophie hinterfragen.

Ab 1995, nachdem die Gründung Stadtmuseum vollzogen war, konnte eine „gefährliche Debatte“ die Fusion nicht mehr tangieren. Das „Altwissen“ war genügend degradiert und abgeschoben, unbequeme Fragen konnten als „dienstlich irrelevante und unbeachtliche Äußerungen“ einer nachgeordneten Dienstkraft abqualifiziert werden.³⁸

Dennoch bleibt die Frage offen, warum Kenntnisse nicht abgefragt werden, wenn nützliche ergänzende Informationen, beispielsweise Hinweise aus den Archivbeständen der damaligen „Hauptabteilung Jüdisches Museum“, zu dem zu erforschenden Thema erwartet werden können. Vorhandene, leicht zugängliche Quellen zu ignorieren, zieht im Allgemeinen die Kritik einer Geschichtsklitterung nach sich.

Die Aktenvermerke des Jahres 1986, mir seinerzeit von Reiner Güntzer zum Lesen gegeben, sind ein Indiz, warum „Altwissen“ weiterhin ausgeklammert bleiben musste:

³⁸ Mündl. Mitt., Reiner Güntzer an Verf.

Diese Silbersammlung des Märkischen Museums war nach Kriegsende durchaus als problematisch anzusehen: Im Grunde hätte man alles Material an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Erben zurückerstatten müssen. ... Jedenfalls muß die ganze Angelegenheit besonders für Prof. Stengel, aber auch für Dr. Scheffler peinlich gewesen sein. Dies wäre ein naheliegendes Motiv dafür, sie zu verschweigen.³⁹

„Peinlichkeit“ – aber nicht gegenüber den Erben derer, die nichts von ihrem Eigentum zurück erhalten hatten, sondern gegenüber den Erben von Walter Stengel. Das Jahrbuch des Stadtmuseums 1997 war dem Andenken von Walter Stengel gewidmet. Es gab eine Ausstellung in den Räumlichkeiten seiner alten Wirkungsstätte, ein emotionalisierter Rundgang, es wurde der Nachlass von seinen Erben dem Museum übergeben. Peinlichkeit hätte da geschadet. Oder, anders ausgedrückt: Die Rehabilitierung des ehemaligen Museumsdirektors war das Anliegen.

Es bleibt künftigen Forschungen vorbehalten, die Rolle der „sekundären Zeugen als Gedächtnisträger“ im Kontext jüdischer Museumsarbeit insbesondere der 1980er Jahre zu beleuchten – ein Jahrzehnt, das für die Bewältigung der sequentiellen Rückerinnerung an das Überleben und die Rettung vor der Gewalt der NS-Herrschaft von entscheidender Bedeutung war.

Die Frage nach „Erbe“, sei es materieller oder ideeller Art, stellt sich aber noch an anderer Stelle: Wie geht ein Museum (ein Jüdisches Museum) mit den Vermächtnissen derer um, die Erinnerungsstücke oder Vermögenswerte mit einer Auflage hinterlassen haben, diese aber nur mündlich aussprachen im Vertrauen darauf, dass sie aus Respekt für das Andenken von Verstorbenen eingehalten werden?

Im Falle Berlins sind manche dieser Vermächtnisse, nicht zuletzt als Folge des Museumskonflikts der 1990er Jahre, nicht umgesetzt worden.

³⁹ Quelle: Persönliche Aufzeichnungen und Notizen von Aktenvermerken.

Nachtrag

Ausnahmen bestätigen die Regel: Nicht alle Emigranten störten sich an der Rolle des Märkischen Museums in der NS-Zeit und sahen in der 1995 gegründeten Stiftung Stadtmuseum ebenso einen Neubeginn, wie ihn Emigranten der 1980er Jahre im Berlin Museum gesehen hatten. So schenkte beispielsweise Josefa Bar-On Steinhardt, die Tochter des Malers und Graphikers Jakob Steinhardt (geb. 1887 in Zerkow/Posen, gest. 1968 in Nahariya/Israel) der Stiftung Stadtmuseum 478 Zeichnungen aus dem Nachlass ihres Vaters, der 1933 auf der Flucht vor nationalsozialistischer Herrschaft mit seiner Familie Berlin verließ, um ins damalige britische Mandat Palästina auszuwandern.

Diese Schenkung wird „als der wohl größte zusammenhängende Bestand an Zeichnungen“ des Künstlers beschrieben, die bis zu der im Jahr 2000 vom Stadtmuseum Berlin veranstalteten Ausstellung unveröffentlicht waren.⁴⁰

2003-04 veranstaltete das Jüdische Museum Berlin eine Kabinettausstellung zu Ehren von Josefa Bar-On Steinhardt. Darauf verweist die Webseite des Jüdischen Museums:

Das Jüdische Museum besitzt die weltweit größte zusammenhängende Steinhardt-Sammlung. Ihr Kern, der umfangreiche schriftliche Nachlass und zahlreiche grafische Arbeiten, ist eine Schenkung der Tochter des Künstlers, Josefa Bar-On Steinhardt. Darüber hinaus erwarb das Museum im Laufe der Jahre mehrere Gemälde und einige hundert Blatt Druckgrafiken sowie vom Künstler illustrierte Bücher. Anlässlich des 80sten Geburtstags von Josefa Bar-On Steinhardt zeigt das Jüdische Museum in den Vitrinen des Rafael Roth Learning Centers bis Ende Januar 2004 ausgewählte Arbeiten und Dokumente aus seinen Beständen. Wann: 24. September 2003 bis 31. Januar 2004.

Abgesehen davon, dass beide Museen sich des „größten zusammenhängenden Bestandes“ von Werken des Künstlers Jakob Steinhardt – einmal an Zeichnungen, zum anderen an Sammlung als solcher – rühmen, bleibt festzuhalten, dass der Kern der Steinhardt-Sammlung im Jüdischen Museum Berlin nicht eine Schenkung von Josefa Bar-On Steinhardt ist, sondern auf den Ankauf des fast kompletten druckgraphischen Werkes des Künstlers vom Jahr 1993 zurückgeht.

⁴⁰ Jakob Steinhardt, *Zeichnungen*, Schenkung Josefa Bar-On Steinhardt, hrsg. von Dominik Bartmann, Stiftung Stadtmuseum Berlin, Berlin 2000.

Gespräche über den Erwerb der umfassenden Sammlung an Graphiken und illustrierten Büchern Steinhardts, die aus dem Nachlass von Herrmann Meyer (geb. 1901 in Berlin, gest. 1972 in Jerusalem) stammten, begannen bereits 1990. Der Nachlass von Herrmann Meyer, ein wie Steinhardt aus Berlin ins damalige Palästina emigrierter Antiquar, war Ende der 1970er aus Israel in die Niederlande verkauft worden. Ich war mit diesem Nachlass bereits in den 1980er Jahren vertraut. Es ist das Verdienst von Willem Burghers vom Antiquariat Spinoza in Amsterdam, der mit großem Engagement dazu beitrug, dass Steinhardts graphisches Oeuvre heute im Jüdischen Museum Berlin vorhanden ist.

Zur Komplettierung dieses großen Sammlungserwerbs des Jahres 1993 wurden weitere Graphiken und das Gemälde *Übergang über das Rote Meer (Pharaos Untergang)*, gemalt 1911, im Jahr 1994 angekauft.⁴¹

Mein Engagement bei dem so wichtigen Erwerb der Steinhardt-Sammlung für das Jüdische Museum reduzierte der im Jahr 1995 zuständige kommissarische Direktor des Berlin Museums, Dr. Dominik Bartmann, im Vorwort des Ausstellungskataloges auf die Formulierung: *Verhandlungen, die seitens des Museums Frau Dr. Vera Bendt führte.*

Hier ist eine Anmerkung vonnöten:

Motivation und Begeisterung, nicht zuletzt beim Sammler bzw. Anbieter einer zum Verkauf stehenden Sammlung, ist die Grundvoraussetzung bei allen großen Erwerbungen eines Museums. Jahrzehntelang aufgebaute oder bewahrte Sammlungen sind „Herzblut“ und eine Erwerbsabsicht bedingt, dass der Museumskurator bzw. die Kuratorin von der Sammlung überzeugt ist und die Intentionen des Sammlers kennt und respektiert.

Die Formulierung ist, bezogen auf die in Amsterdam mit dem Anbieter geführten Gespräche, insofern unzutreffend, als hier keine Verhandlungen geführt werden mussten. Willem Burghers vom Antiquariat Spinoza und ich selbst waren uns einig über das Ziel, die Steinhardt-Sammlung für das Jüdische Museum Berlin zu sichern.

⁴¹ Jakob Steinhardt – Der Prophet. Ausstellungs- und Bestandskatalog Jüdisches Museum im Berlin Museum, Berlin 1995.

Verhandlungen standen dann allerdings bei den Dienstbesprechungen im Berlin Museum auf der Tagesordnung, als Zähigkeit und Ausdauer gefragt waren, um meine „Verhandlungspartner“ – die Museumskollegen mit ihren ganz eigenen Ambitionen – von der Notwendigkeit hochrangiger Ankäufe für das Jüdische Museum Berlin zu überzeugen.